

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 28.09.2022 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage zur persönlichen wie systemischen Aufarbeitung des Penzinger Kindergarten-Skandals

Aus Gesprächen mit vom Kindergarten-Skandal Waidhausenstraße betroffenen Eltern ergeben sich Fragen, weil die erhobenen Vorwürfe teilweise sprachlos machen und die zuständigen Stellen Gelegenheit zur Stellungnahme bekommen sollen:

1. Ist es richtig, dass der zuständige Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz VBgm. Christoph Wiederkehr tatsächlich persönlich nicht beim aufklärenden Eltern-Infoabend anwesend war, sondern ausschließlich die später abgesetzte Leiterin der MA 10 entsendet hat?

Wenn ja, halten Sie, Herr VBgm. Wiederkehr, dieses „sich aus der Konfrontation Stehlen“ für ein angemessenes Zeichen persönlicher Empathie und persönlichen Verständnisses für die Situation der betroffenen Familien?

Was haben Sie, Herr VBgm. Wiederkehr, unternommen, um angemessene Zeichen persönlicher Empathie und persönlichen Verständnisses für die Situation der betroffenen Familien zu zeigen? Können Sie sich erklären, warum betroffene Eltern diese Unterstützung nicht wahrgenommen haben?

2. Ist es richtig, dass sich betroffene Eltern im Zeitraum zwischen den ersten Medienberichten über den Skandal und dem Eltern-Infoabend an die Frau Bezirksvorsteherin mit der Bitte um Unterstützung gewandt haben und die Frau Bezirksvorsteherin mit Hinweis auf „keine Kompetenz“ untätig geblieben ist?

Wenn ja, halten Sie, Frau Bezirksvorsteherin, dieses „sich hinter Kompetenzen Verstecken“ für ein angemessenes Zeichen persönlicher Empathie und persönlichen Verständnisses für die Situation der betroffenen Familien?

Wenn nein, was haben Sie, Frau Bezirksvorsteherin, unternommen, um angemessene Zeichen persönlicher Empathie und persönlichen Verständnisses für die Situation der betroffenen Familien zu zeigen? Können Sie sich erklären, warum betroffene Eltern diese Unterstützung nicht wahrgenommen haben?

3. Ist es richtig, dass entgegen der Zusage der MA 10 beim Eltern-Infoabend betroffenen Eltern keine kurzfristigen Ersatzplätze in anderen städtischen Kindergärten der MA 10 angeboten wurden, so dass Eltern entweder monatelang auf einen anderen Platz hätten warten müssen oder eine privaten Kindergarten-Einrichtung aufsuchen mussten?

Wenn ja, ist Ihnen, Herr VBgm. Wiederkehr, bekannt, dass die MA 10 ihre eigenen Zusagen nicht umsetzt und betroffene Kinder monatelang weiterhin in der Umgebung der möglichen Untaten verbleiben mussten? Hat hier die politische Aufsicht über Ihre Dienststelle versagt?

4. Ist es richtig, dass es keinerlei finanzielle Unterstützung von Seiten der Stadt Wien für allfällige Therapiekosten der betroffenen Kinder und ihrer Eltern gibt?

Wenn ja, finden Sie, Herr VBgm. Wiederkehr, ein solches Vorgehen einen geeigneten Ausdruck von Politik und Verwaltung, Verantwortung zu übernehmen und zumindest im Nachhinein entstandenes Leid lindern zu helfen?

Begründung:

In Gesprächen mit betroffenen Eltern gewinnt man den Eindruck, dass weder Verwaltung noch Politik viel Energie und Empathie aufwenden, um die betroffenen Familien zu unterstützen, ihre Lage zu verstehen oder Leid lindern zu helfen.

Unabhängig von strafrechtlichen Tatbeständen und der dienstrechtlichen Aufarbeitung gilt es, systemische Schwachstellen aufzuzeigen und persönliche und/oder politische Verantwortung zu übernehmen – wenn so etwas schon passiert (was leider nie ausgeschlossen werden kann), so müssen Politik & Verwaltung zumindest im Nachhinein alles Menschenmögliche unternehmen, um den Betroffenen zu helfen.

Mag. Natascha Fussenegger
Stv. Bezirksvorsteherin

Mag. Markus Keschmann
Klubobmann